

DEUTSCHLAND

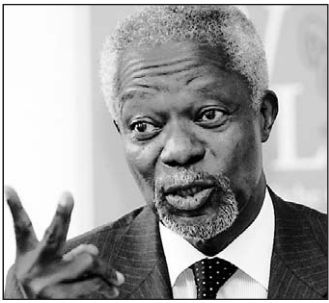
Massenprotest gegen Daten-Überwachung

BERLIN. Unter dem Motto „Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungsstaat“ haben am Samstag in Berlin Tausende für einen besseren Datenschutz demonstriert. Der Protest richtete sich vor allem gegen die sogenannte Vorratsspeicherung von Telefon-, PC- und Internet-Daten durch Behörden und Unternehmen sowie die Übermittlung von persönlichen Daten in die USA.

Tolerierung zugesagt

FRIEDBERG. Die hessische Linke hat sich klar für die Tolerierung einer möglichen rot-grünen Minderheitsregierung in Hessen ausgesprochen. In einem Papier sichern die Linken SPD-Chefin Andrea Ypsilanti ihre sechs Stimmen bei der Wahl zur Ministerpräsidentin sowie ihre Unterstützung für die komplette Dauer der Legislaturperiode zu. ddp

Friedenspreis für Annan



MÜNSTER. Der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan ist am Samstag in Münster für sein Lebenswerk mit dem Preis des Westfälischen Friedens ausgezeichnet worden. Der 70 Jahre alte Ghanaer teilt sich den mit 50 000 Euro dotierten Friedenspreis mit der Gemeinschaft junger Malteser. Foto: dpa

EUROPA

Litauen offenbar vor Regierungswechsel

VILNIUS. Bei den Parlamentswahlen in Litauen ist ein Machtwechsel möglich. Nach Umfragen verliert der sozialdemokratische Ministerpräsident Gediminas Kirkilas mit seiner Koalition die Mehrheit. Als Anwärter auf die Nachfolge gilt Rolandas Paksas, der 2004 nach Korruptionsvorwürfen als Präsident zurücktrat.

„Nervige Parade“

MADRID. Eine abwertende Bemerkung über die traditionelle Militärparade zum Nationalfeiertag hat Spaniens konservativen Oppositionsführer Mariano Rajoy in Verlegenheit gebracht. „Ich muss zu dieser nervigen Parade in Madrid“, hatte er auf einer Parteiveranstaltung zu einem Mitstreiter gesagt. Die Mikrofone waren noch eingeschaltet. dpa

WELT

Nordkorea will Atomanlagen abbauen

PJÖNGJANG. Die USA haben Nordkorea durch die Streichung des Landes von der Liste der „Schurkenstaaten“ bewegen können, im Streit um das Atomwaffenprogramm einzuliegen. Das Außenministerium in Pjöngjang kündigte gestern an, die unterbrochenen Arbeiten zur Stilllegung seiner Atomanlagen nun fortsetzen zu wollen.

Friedensplan akzeptiert

GAZA. Die Fatah-Bewegung von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas und die radikalislamische Hamas haben einem ägyptischen Vorschlag zur Beendigung der innerpalästinensischen Krise zugestimmt. Die Hamas akzeptiert die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit. Dies gilt als entscheidender Punkt. dpa

Redaktion: Reinhard Brennecke

Thema des Tages Cem Özdemir

Für Cem Özdemir sollte der Parteitag der Südwest-Grünen die erste Bewährungsprobe auf dem Weg in die Bundespolitik sein. Doch er musste eine Niederlage einstecken.



Der designierte Grünen-Chef Cem Özdemir am Samstag auf dem Landesparteitag der baden-württembergischen Grünen. Der 42-Jährige erhielt einen schweren politischen Dämpfer. Foto: Ronald Wittek/dpa

Basis lässt designierten Grünen-Chef auflaufen

Kein sicherer Listenplatz für Cem Özdemir für die Bundestagswahl

Von Diana Wild

SCHWÄBISCH-GMÜND. Der designierte Grünen-Bundesvorsitzende Cem Özdemir hat am Wochenende eine bittere Niederlage erlitten. Auf einem Landesparteitag in Schwäbisch Gmünd scheiterte er mit seinem Vorhaben, einen aussichtsreichen Platz für die Wahlliste der baden-württembergischen Grünen für die Bundestagswahl 2009 zu erlangen.

Danach verließ er kommentarlos den Veranstaltungsort. Gestern erschien er nicht mehr. Parteifreunde begründeten Özdemirs Niederlage mit dem „grünen Prinzip“ der Trennung von Amt und Mandat und zeigten sich hoffnungsvoll,

dass er trotzdem noch Bundesvorsitzender werden will. Bundes-Fraktionschef Fritz Kuhn betonte: „Ich hoffe sehr, dass er antreten wird.“ Kuhn fügte

„Das war ein politisch unkluges Abstimmungsverhalten“

Kerstin Andreae, Wirtschaftsexpertin der Grünen

hinzu: „Die Leute wollen Cem als Bundesvorsitzenden sehr gerne.“ Die Zahl der Sitze im Bundestag jedoch sei knapp. Da hätten die

Parteifreunde nicht noch einen an den designierten Bundesvorsitzenden vergeben wollen, der dann ja ohnehin in Berlin sein werde.

Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer sagte, er sei tief enttäuscht. Die Partei habe nicht viele so gute Leute. Özdemir war am Samstagabend in der Wahl um Platz sechs dem Bundestagsabgeordneten Winfried Hermann mit 46 Prozent Stimmenanteil unterlegen. Anschließend sagte er: „Es war kein Votum gegen mich.“ Grund sei der Wunsch vieler Parteimitglieder, Amt und Mandat zu trennen. In der Kampfabstimmung um Platz acht unterlag Özdemir anschließend mit gut 41 Prozent Alexander Bonde. ddp

Jungsozialisten sehen linke Ideen im Aufwind

SPD-Nachwuchsorganisation legt Thesen zur Überwindung des Kapitalismus vor

WEIMAR. Die Jungsozialisten sehen angesichts der weltweiten Finanzkrise wachsende Zustimmung für ihr politisches Ziel des demokratischen Sozialismus.

„Der Raum für linke Ideen hat sich radikal vergrößert“, sagte Juso-Vorsitzende Franziska Drohsel am Rande des Bundeskongresses, der gestern in Weimar zu Ende ging. Dort verabschiedete die Nachwuchsgeschäftsstelle der SPD unter anderem ein Papier mit 63 Thesen zur „jungsozialistischen Politik“.

Darin wird die Überwindung des Kapitalismus, ein stärkerer staatlicher Einfluss auf Banken, Energieversorgung und öffentliche Verkehrsmittel gefordert.

Bundessozialminister Olaf Scholz (SPD) sieht durch die Finanzkrise den Sozialstaat gestärkt. Dieser sei in den vergangenen Jahren von mehreren gesellschaftlichen Kreisen immer wieder für tot erklärt worden. Jetzt erweise er sich als Exportprodukt in einer globalisierten Welt, sagte Scholz in seiner Rede vor den

Jusos. Die SPD werde deshalb in den kommenden Wochen nicht nur klare Kontrollen für den Finanzmarkt entwickeln, sondern sich auch für eine stärkere soziale Ausrichtung der Gesellschaft einsetzen. Als Beispiel nannte er die Einführung des Mindestlohns bei der Zeitarbeit.

Die Jusos sagten dem Minister beim Kampf um Mindestlöhne, das Recht auf einen Schulabschluss und engere Vorgaben für Praktika ihre Unterstützung zu. dpa

Ausschuss: Palin missbrauchte ihr Amt

Gouverneurin von Alaska und Vizepräsidenten-Kandidatin soll Polizeichef aus Rachsucht geschasst haben

WASHINGTON. Neuer Wirbel um die republikanische Vizepräsidenten-Kandidatin Sarah Palin: Nach einem in Alaska veröffentlichten Untersuchungsbericht hat sie ihr Amt als Gouverneurin des nördlichsten US-Bundesstaates missbraucht.

Ein vom Kongress in Alaska eingesetzter Ausschuss kam zu dem Schluss, dass Palin ihren Polizeichef zumindest zum Teil aus persönlicher Rachsucht entließ und damit Ethik-Richtlinien verletzte.

Zugleich bescheinigte das Gremium der Gouverneurin aber, dass die Entlassung des Polizeichefs in ihrer Befugnis gelegen habe und daher keinen Gesetzesverstoß darstelle.

Vor diesem Hintergrund wurden auch keine strafrechtlichen Ermittlungen empfohlen.

Die 44-jährige Palin selbst sagte am Samstag, sie sei erfreut darüber, dass ihr das Recht bescheinigt worden sei, den Polizeichef zu feuern. Ansonsten sah die Gouverneurin in dem Bericht den Teil einer „Schmierenkampagne“, um ihr im Wahlkampf zu schaden. Allerdings setzte sich der Ausschuss aus zehn Republikanern, also Mitgliedern ihrer eigenen Partei, und vier Demokraten zusammen. Polizeichef Walter Monegan war im Juni entlassen worden,

Palin zufolge wegen Budgetstreitigkeiten. Monegan selbst erklärte jedoch, dass er das Opfer eines hässlichen Disputs innerhalb der Palin-Familie geworden sei. Nach eigenen



„Das Ganze ist ein politischer Zirkus und eine Schmierenkampagne“

Sarah Palin

Aussagen wurde er von Palin, deren Mann Todd und von Mitarbeitern der Gouverneurin dutzende Male indirekt, aber massiv unter Druck

„Politik muss Vertrauen sichern“

Wie reagiert die Politik auf die Finanzkrise? Mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Jochen-Konrad Fromme (Salzgitter-Wolfenbüttel) sprach Christian Kerl.



Herr Fromme, Sie und die anderen Haushaltsexperten im Bundestag beraten gerade den Etatentwurf 2009. Stochern Sie wegen der Finanzmarktkrise bloß noch im Nebel?

Nein, man kann weiter planen, aber natürlich sehen wir die Risiken. Aus der Finanzmarktkrise direkt ergeben sich derzeit für den Haushalt 2009 kaum zusätzliche Ausgaben – der Bund hat Bürgschaften übernommen, aber wahrscheinlich

kommt ein großer Teil der Forderungen herein. Allerdings erwartet ich im Rahmen des Rettungspaketes für 2008 einen Nachtragshaushalt mit einem erweiterten Bürgschaftsrahmen und möglicherweise auch neuen Barmitteln.

Als indirekte Folge wird es 2009 zu geringeren Steuereinnahmen kommen – das Wachstum wird nächstes Jahr niedriger ausfallen, und höhere Abschreibungen der Unternehmen schmälern die Gewinne. Aber das ist schwer zu beziffern. Eine Änderung der Haushaltsplanung ist wegen der besseren Ist-Einnahmen in 2008 und des damit verbundenen Basiseffektes hoffentlich vermeidbar.



Jochen-Konrad Fromme, CDU

Was muss die Politik noch tun?

Die Maßnahmen der Bundeskanzlerin, die Sicherheit der privaten Sparanlagen zu garantieren und Bürgschaften des Bundes zuzusagen, sind wichtig. Unser Problem sind ja derzeit nicht die realisierten Verluste, sondern dass die Banken nicht mehr bereit sind, sich gegenseitig Geld auszuleihen. Das gefährdet die Liquidität der Wirtschaft. Es geht darum, Vertrauen zu sichern: Die Sparer müssen sich keine Sorgen um ihr Geld machen.

Aber das kann ja nur eine kurzfristige Maßnahme sein ...

Wir müssen uns mit der Verbesserung des Finanzmarktsystems befassen, zu strengeren Bankvorschriften beim Handel mit Krediten zurückkehren. Die Bankenaufsicht muss verbessert werden. Ich sehe Korrekturbedarf beim Bilanzrecht: Früher wurden Verluste erst bilanzwirksam, wenn sie eingetreten waren. Jetzt müssen sie ausgewiesen werden, auch wenn sie gar nicht realisiert sind. Das verschärft die Krise.